POLITIKEMPFEHLUNGEN

Folterprävention und Untersuchung von Verschwindenlassen in der Türkiye

SRL Swiss | DE | 25.10.2026

Umfang und zentrale Schlussfolgerung

Die Eingabe vom Juni 2024 an den UN-Ausschuss gegen Folter vergleicht amtliche Erklärungen mit berichteten Haftpraktiken und Einzelfällen. Im Zentrum steht die Lücke zwischen formellen Garantien und tatsächlichem Schutz. Unabhängige Ermittlungen, wirksamer Anwaltszugang und medizinische Dokumentation gehören für Prävention und Rechenschaft zusammen.

Erkenntnisse aus den Fallaufzeichnungen

Die Eingabe hinterfragt, ob innerstaatliche Folterdefinition und Anwendung Einschüchterung, Zwang und psychisches Leiden ausreichend erfassen. Ein gesetzliches Verbot ist von Belegen zu unterscheiden, dass Vorwürfe tatsächlich erfasst, untersucht und verfolgt werden.

Berichtete Hindernisse sind verspäteter Rechtsbeistand, Untersuchungen in Polizeianwesenheit, unzugängliche medizinische Unterlagen und inoffizielle Haftorte. Sie können Prävention und späteren Nachweis erschweren. Allgemeine Verfahrenszusicherungen beantworten keine konkrete Beschwerde.

Der Bericht behandelt Entführungs- und Verschwindenlassensvorwürfe, darunter Ayten Öztürk, Orhan İnandı und Yusuf Bilge Tunç. Er verlangt fallbezogene Ermittlungsinformationen statt allgemeiner Zurückweisungen oder Mitteilungen über Rückführungen aus dem Ausland.

Vorrangige Massnahmen

1. Behörden sollen glaubhafte Vorwürfe unverzüglich unabhängig untersuchen, Haft- und Gesundheitsunterlagen sichern und Opfer sowie Familien über Ergebnisse informieren. Der Ausschuss sollte konkrete Auskünfte zu den genannten Fällen verlangen.

2. Unverzüglichen vertraulichen Rechtsbeistand, unabhängige medizinische Untersuchung und sichere Beschwerdewege gewährleisten. Anwälte, Beschwerdeführer und Familien vor Druck schützen und Unterlagen wirksamer gerichtlicher Prüfung zugänglich machen.

3. Rechtliche und praktische Rechenschaftshindernisse beseitigen, einschliesslich Regeln zum Schutz von Handlungen während des Ausnahmezustands. Garantien anhand tatsächlicher Ermittlungen und Ergebnisse prüfen; einschlägige Menschenrechtsurteile durch individuelle und präventive Massnahmen umsetzen.

Belege und Grenzen

Zusammenfassung der Eingabe vom Juni 2024 und ihrer Quellen. Berichtete Vorwürfe werden nicht zu neuen gerichtlichen Feststellungen; spätere Ermittlungen oder heutiger Verbleib werden hier nicht unabhängig aktualisiert.

SRL Swiss, Submission to the Committee against Torture, Report 1, June 2024, pp. 5–16.

Quelle PDF

SECURITY STUDIES & RULE OF LAW ASSOCIATION